



Niederschrift

31. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 12.04.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	ab 18.35 Uhr (im Wechsel mit Herrn Walter)

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	von 18.10 Uhr bis 21.05 Uhr
----------------------	-----	-----------------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Marcus Krause	SPD	
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	bis 18.34 Uhr
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	entschuldigt
-----------------	------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	entschuldigt
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	entschuldigt

Beigeordneter

.Herr Andreas Goetzmann i.V. GB 4

Gäste

Herr Wolfram	(Stadtentwicklung zu TOP 4.7 bis 4.10, 5.5)
Herr Wustrack	(Straßenverkehrsbehörde zu TOP 4.5)
Herr von Einem	(Verkehrsplanung zu TOP 5.2)
Frau Woiwode	(Verkehrsanlagen zu TOP 5.3)

Schriftführer/in:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung und Bauen und Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.3.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE
überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland
(Wiedervorlage)

- 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung
Vorlage: 15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
- 4.3 Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0741
Fraktion DIE LINKE
(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)
- 4.4 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)
(Wiedervorlage)
- 4.5 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0117
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, HA
(Wiedervorlage)
- 4.6 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland
Vorlage: 16/SVV/0127
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
KOUL, OBR Fahrland und Neu Fahrland, Groß Glienicke
(Wiedervorlage)
- 4.7 Flächennutzungsplan-Änderung "Am Havelblick" (01/15) Auslegungsbeschluss
Vorlage: 16/SVV/0191
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.8 Flächennutzungsplan-Änderung "Vorgelände Babelsberger Park" (02/14) -
Auslegungsbeschluss
Vorlage: 16/SVV/0192
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.9 Flächennutzungsplan-Änderung "Autohaus Babelsberg" (12/16)
Vorlage: 16/SVV/0193
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.10 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0213
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 BE Studentischer Ideenwettbewerb Annemarie-Wolf-Platz
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.2 Information Radverkehrsmaßnahmen 2016
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 BE zum Straßenbauvorhaben Schlaatzweg und dem Ergebnis der
Anliegerbeteiligung nach KAG
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.4 Information zum Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe (ergänzende

- Neubebauung am ehemaligen Landtag)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.5 Bericht zur Konzeptvergabe Bornstedter Feld
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Ralf Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.3.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

In der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 22.3.2016 erfolgt eine redaktionelle Änderung im TOP 2. Im zweiten Absatz wird das Datum der zu bestätigenden Niederschrift von 8.2.2016 auf 8.3.2016 korrigiert.

Zur Niederschrift gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 4 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

Anträge auf Rederecht gibt es zum TOP 4.7 FNP-Änderung „Am Havelblick“ von Herrn Scheinemann als Vertreter der betroffenen Grundstückseigentümerin und von Herrn Denkewitz als Vorhabenträger mit der Bereitschaft evtl. offene Fragen zu beantworten. Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Rederechte bei Bedarf vor dem Beenden des Tagesordnungspunktes aufzurufen.

Zur Tagesordnung bittet Herr Eichert den TOP 4.2 Verkehrserschließung Krampnitz nochmals bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Herr Goetzmann regt aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges an, dann auch den TOP 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz zu vertagen.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass beide Anträge bei den zu beteiligten Ortsbeiräten Zustimmung erfahren haben.

Herr von Osten-Sacken bittet um nochmalige Zurückstellung des TOP 4.6 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland, um der Ortsvorsteherin, Frau Klockow, die Gelegenheit zur Teilnahme zu ermöglichen.

Herr Goetzmann kündigt an, unter dem TOP Sonstiges über den aktuellen Stand des Baugenehmigungsverfahrens Brauerstr. 4-7 zu informieren.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen erfolgen keine weiteren Hinweise. Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass die Vorstellung der Bauvorhaben erfolgt ist und zum Vorhaben der lfd. Nr. 43 informiert wird, sobald die Antragsunterlagen vorliegen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz

Vorlage: 15/SVV/0694

Fraktion DIE LINKE

überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland

Zurück gestellt bis zur nächsten Sitzung; siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung

Vorlage: 15/SVV/0745

Fraktion CDU/ANW

OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke

Zurück gestellt bis zur nächsten Sitzung; siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.3 Modellversuch Zeppelinstraße

Vorlage: 15/SVV/0741

Fraktion DIE LINKE

(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)

Herr Jäkel berichtet, dass die Diskussion in der vergangenen Sitzung zu Missverständnissen geführt habe und bringt folgenden präzisierten Antrag als neue Fassung 15/SVV/0741 ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der erste Anstrich des Punktes 4 der Drucksache 15/SVV/0620 zur Durchführung eines Modellversuches zur Verengung der Zeppelinstraße laut Beschluss der StVV vom 07.10.2015 wird aufgehoben.

Es wird angestrebt, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zur Minderung der Schadstoffprobleme in der Zeppelinstraße zu finden und auszuhandeln.

Ziel ist es darüber hinaus, eine gleichermaßen für die Potsdamer Bevölkerung und für die Umlandbewohner akzeptable Lösung zu erreichen.

Unter dieser Voraussetzung wird eine Entscheidung über einen Modellversuch zur Einengung der Zeppelinstraße ausgesetzt.“

Begründend führt Herr Jäkel aus, dass die Voraussetzungen in Gestalt zusätzlicher wirksamer Angebote zur Verstärkung des ÖPNV auf der betreffenden Trasse bzw. in der Relation der Verkehrsverbindung, die derzeit über die Zeppelinstraße abgewickelt wird, momentan noch nicht gegeben sind. Aus diesem Grund ist entsprechend aktueller Informationen nicht davon auszugehen, dass solche Angebotsverstärkungen vor Ende dieses Jahres wirksam werden. Damit würde jede, auch nur probeweise, Einengung des Straßenquerschnittes der Zeppelinstraße ohne entsprechende Alternativangebote das Problem verschärfen und zu Überlastungen der Straße und weiter steigenden Schadstoffbelastungen führen. Mit dem Antrag wird gebeten von der Durchführung des Modellversuches zur Verengung der Zeppelinstraße vorerst Abstand zu nehmen.

Herr Goetzmann empfiehlt auch den heute vorgelegten präzisierten Antrag nicht zu beschließen, wenn die Position für Verhandlungen mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark nicht deutlich verschlechtert werden soll. Er macht aufmerksam, dass die Streichung des ersten Anstriches nicht zu dem Ergebnis der Schadstoffreduzierung und Stauvermeidung führen würde und der 2. Anstrich (Markierung eines stadtauswärtigen Radfahrstreifens) ohne den 1. Anstrich aufgrund der fehlenden Fahrbahnbreite nicht mehr durchführbar wäre. Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass eine Beschlussfassung zur Folge hätte, dass die Entscheidung, die die Stadt Potsdam im Sinne der Schadstoffreduzierung zu fällen hat, nur auf den Landkreis Potsdam-Mittelmark, Bad Belzig, verlagert werden würde.

Herr Eichert erinnert, dass die Regeln für die Durchführung des Modellversuches bereits im Kooperationsantrag enthalten sind und er dem heute vorgelegten Antrag keinen beschlussfähigen Regelungsinhalt entnehmen könne.

Herr Jäkel gibt den Wunsch seiner Fraktion den Antrag nicht zurück zu ziehen wieder und stellt als Ausschussvorsitzender die neue Fassung des Antrages 15/SVV/0741 zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der erste Anstrich des Punktes 4 der Drucksache 15/SVV/0620 zur Durchführung eines Modellversuches zur Verengung der Zeppelinstraße laut Beschluss der StVV vom 07.10.2015 wird aufgehoben.

Es wird angestrebt, eine einvernehmliche Lösung mit dem Landkreis Potsdam-

Mittelmark zur Minderung der Schadstoffprobleme in der Zeppelinstraße zu finden und auszuhandeln.

Ziel ist es darüber hinaus, eine gleichermaßen für die Potsdamer Bevölkerung und für die Umlandbewohner akzeptable Lösung zu erreichen.

Unter dieser Voraussetzung wird eine Entscheidung über einen Modellversuch zur Einengung der Zeppelinstraße ausgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4

Lichtmasterplan

Vorlage: 16/SVV/0062

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

KOUL (ff)

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass es sich auch hier um eine Wiedervorlage handelt.

Herr Walter berichtet über den gestrigen Besuch des Geschäftsführers der Stadtbeleuchtung in seiner Fraktion sowie zwischenzeitlich mit verschiedenen Akteuren in der Stadt geführte Gespräche. Im Ergebnis ist der Antrag überarbeitet worden, so dass Herr Walter folgende neue Fassung 16/SVV/0062 einbringt und begründet:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten, der Grundlagen für eine strategisch und räumlich differenzierte, gesamtstädtische Lichtplanung erarbeitet. Dem Arbeitskreis sollten Vertreter der Stadtbeleuchtung Potsdam, des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung, des Tiefbauamts, der unteren Naturschutzbehörde, der Wirtschaftsförderung, der IHK Potsdam, der FH-Potsdam, der Tourismus Marketinggesellschaft sowie des Energie Forums Potsdam angehören.

Die vom Arbeitskreis aufgestellten Leitlinien, sollen Grundlage für eine künftige Lichtplanung in der Landeshauptstadt Potsdam sein, die auch konkrete Anforderungen an die Energieeffizienz und ökologische Verträglichkeit berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Planung, als auch zur Umsetzung, sind aktuelle Förderungen zu prüfen (z.B. EFRE-Mittel des Landes Brandenburg sowie KfW-Mittel).

Der Stadtverordnetenversammlung ist in den Fachausschüssen über den Fortschritt der Lichtplanung mindestens einmal jährlich zu berichten.“

Herr Goetzmann bringt zum Ausdruck, dass dieser Ansatz in die richtige Richtung gehe und es kein Planwerk geben dürfe, ohne die Vorstellung, wie damit gearbeitet werden kann und soll. Zugleich erinnert er an seine früheren Ausführungen hinsichtlich des erforderlichen Aufwandes zur Koordinierung und Personaleinsatz. Es gebe Überlegungen wesentliche Teile der Dienstleistungen in der Stadtwerkeverbindung zu leisten. Die Einrichtung eines Arbeitskreises um die Dinge zu sortieren und die Ergebnisse abzuwägen hält er für sinnvoll. Jedoch müsse auch diese Diskussion strukturiert und organisiert werden, so dass die Kapazitätsfrage geklärt werden müsse.

Frau Reimers spricht die Energieeffizienz an und äußert Bedauern, dass die Eigentümer öffentlicher Gebäude sich mit der Frage der Beleuchtung schwer tun würden. Frau Reimers erinnert an die Klimaziele und begrüßt den hier vorliegenden Antrag als ersten Schritt.

Herr von Osten-Sacken macht aufmerksam, dass die Umsetzung nicht zu zusätzlichem Lichtsmog führen dürfe.

Herr Walter führt aus, dass im Arbeitskreis die unterschiedlichen Akteure zusammen kommen werden. Auch Vertreter des Tourismusmarketing, der IHK und des Energieforum werden zur Mitwirkung im Arbeitskreis gebeten.

Herr Jäkel hält den Antrag für sinnvoll und nachvollziehbar und verweist auf die Effizienz im Hinblick auf die touristische Bedeutung und Lebensqualität.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages 16/SVV/0062 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Arbeitskreis Lichtplanung einzurichten, der Grundlagen für eine strategisch und räumlich differenzierte, gesamtstädtische Lichtplanung erarbeitet. Dem Arbeitskreis sollten Vertreter der Stadtbeleuchtung Potsdam, des Fachbereichs Stadtplanung und Stadterneuerung, des Tiefbauamts, der unteren Naturschutzbehörde, der Wirtschaftsförderung, der IHK Potsdam, der FH-Potsdam, der Tourismus Marketinggesellschaft sowie des Energie Forums Potsdam angehören.

Die vom Arbeitskreis aufgestellten Leitlinien, sollen Grundlage für eine künftige Lichtplanung in der Landeshauptstadt Potsdam sein, die auch konkrete Anforderungen an die Energieeffizienz und ökologische Verträglichkeit

berücksichtigen.

Zur Finanzierung der Planung, als auch zur Umsetzung, sind aktuelle Förderungen zu prüfen (z.B. EFRE-Mittel des Landes Brandenburg sowie KfW-Mittel).

Der Stadtverordnetenversammlung ist in den Fachausschüssen über den Fortschritt der Lichtplanung mindestens einmal jährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.5 Neufassung der Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0117

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
KOUL, HA

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass auch diese Vorlage bereits in erster Lesung behandelt worden ist. Weiterhin führt er aus, dass es zwischenzeitlich eine Verständigungsveranstaltung gegeben habe, in welcher diverse Fragen beantwortet worden sind.

Herr Wustrack (Bereich Straßenverkehrsbehörde) informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) aus der gestern durchgeführten Informationsveranstaltung, zu welcher die Mitglieder des SBV und KOUL-Ausschusses eingeladen worden sind. Im Fazit geht Herr Wustrack detailliert darauf ein, wie mit den einzelnen Punkten des von der Fraktion DIE LINKE vor zwei Wochen gestellten Änderungsantrages umgegangen werden sollte.

Herr Jäkel dankt für die Berichterstattung aus der gestrigen Verständigungsveranstaltung und bringt, die gestrigen Ausführungen aufgreifend, folgenden geänderten Änderungsantrag ein:

”
In die Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der LH Potsdam sind nachfolgende Änderungen einzuarbeiten:

1.)
Die Gebühren für Kleinkunst / Darbietung gemäß Tarif-Nummer 4, Wochen-Spezial- und Traditionsmärkte gemäß Tarif-Nummer 7 und Trödelmärkte gemäß Tarif-Nummer 8 sind gegenüber der bisher geltenden Satzung nicht zu erhöhen.

2.)
Die Gebühr für Nutzung der Straße für Filmaufnahmen je Drehort, Tarif-Nummer 11, wird mit 80,00 € anstatt 65,00 € festgesetzt.

3.)

Die Gebühren für die Inanspruchnahme von Fahrbahnlflächen nach Tarif-Nummer 12.1 werden in der Zone 2 Blaues Netz gegenüber dem vorliegenden Entwurf erhöht auf 3,00 €/m² anstatt 2,50 €/m².“

Herr Wustrack bestätigt, dass dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, wenn er beschlossen werden würde, gefolgt werden könne. Herr Wustrack resümiert auf Nachfrage, dass die 15 % Mehreinnahmen auch bei v.g. Beschlussfassung eingehalten werden.

Herr Krause äußert, dass er die von der Verwaltung vorgelegte Satzung für in sich schlüssig halte, auch die gebührentechnische Seite. Potsdam ist eine Filmstadt und sollte dem gerecht werden, so dass die mit dem Änderungsantrag vorgeschlagene Erhöhung nicht notwendig sei. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er diesem Antrag nicht folgen.

Herr Berlin hält dagegen, dass hier eine moderate Erhöhung beabsichtigt sei und diese kein Problem darstellen sollte.

Herr Eichert schließt sich den Ausführungen von Herrn Krause an und betont, dass Potsdam als Filmstadt Werbung für Potsdam sei und man dem gerecht werden solle. Die mit Ziffer 3 im Antrag vorgeschlagene Gebührenerhöhung würde sich auf die Mieten niederschlagen und hält sie von daher für nicht so geglückt.

Herr Jäkel geht auf die Nachfrage von Herrn Eichert ein und erklärt, dass der Änderungsantrag speziell aus diesem Belang in der gesonderten Beratung der Arbeitsgruppe am Montag beraten wurde. Die Überarbeitung ist so erfolgt, dass in der neuen Fassung des Antrages keine nennenswerten Mietkostenerhöhungen die Folge sind.

Herr Wiggert und Frau Hüneke unterstützen den Änderungsantrag, insbesondere auch den Punkt betreffend der Straßen des blauen Netzes.

Nach kurzen weiteren Äußerungen verschiedener Ausschussmitglieder hält Herr Jäkel für das Protokoll die Ausführungen von Herrn Wustrack fest, dass die von seiner Fraktion vorgeschlagenen Änderungen angemessen, durchführbar und umsetzbar wären.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag vom 12.04.2016 der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:
Abstimmungsergebnis: 3/4/0 – damit abgelehnt

Der Ausschussvorsitzende stellt die unveränderte Vorlage der Verwaltung 16/SVV/0117 zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt
Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

- zu 4.6 Weg für Fußgänger und Radfahrer in Neu Fahrland**
Vorlage: 16/SVV/0127
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
KOUL, OBR Fahrland und Neu Fahrland, Groß Glienicke

Zurück gestellt bis zur nächsten Sitzung; siehe Verständigung zur Tagesordnung.

- zu 4.7 Flächennutzungsplan-Änderung "Am Havelblick" (01/15)**
Auslegungsbeschluss
Vorlage: 16/SVV/0191
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) erinnert an den in der STVV Juni 2015 gefassten Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP), der als Zielstellung die Errichtung einer Wohnanlage mit Kindertagesstätte enthält. Die Kita ist notwendig, um den Bedarf aus dem Umfeld zu decken. Dafür und für die Nachnutzung des benachbarten ehemaligen Standortes des Umweltministeriums durch das Geoforschungszentrum ist die Änderung des FNP erforderlich. Dies geschieht unter behutsamer Einbindung in den Landschaftsraum und weitgehender Sicherung wertvoller Baumbestände.

Herr Wolfram berichtet, dass die Verwaltung daraufhin einen Vorentwurf erarbeitet hat. Im nördlichen Teilbereich sah der Vorentwurf anstatt der bisherigen Walddarstellung eine Wohnbaufläche vor, mit einer an die Umgebungsbebauung angepassten Dichte. Herr Wolfram betont, dass es sich beim Plangebiet im Kern um keine Waldfläche handelt. Das Plangebiet ist baulich vorgeprägt durch Garagen und Gärten. Im südlichen Teilbereich des Vorentwurfs wurde außerdem das Symbol für den Standort des Umweltministeriums durch das Symbol für Hochschule und Forschung ersetzt.

Der Vorentwurf wurde mit den zuständigen Fachbereichen der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt, insbesondere hinsichtlich der Natur- und Umweltschutzbelange. Herr Wolfram ergänzt, dass die Kirchengemeinde als Eigentümerin der Flächen seit längerem in Kontakt mit allen Nutzern bzw. Pächtern der Gärten und Garagenanlage steht und davon ausgeht, dass eine

einvernehmliche Regelung möglich sein wird. Herr Wolfram führt weiter aus, dass die Verwaltung die Kleingartenkommission fortlaufend über das Vorhaben informiert und von deren Seite keine Einwände erfolgt sind.

Auf verschiedene Hinweise und Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Wolfram ein. Er teilt hinsichtlich der Frage einer möglichen Wertabschöpfung mit, dass er davon ausgeht, dass mit der Zurverfügungstellung des Kita-Grundstückes (90 Kita-Plätze) kein Wertzuwachs erfolgt. Wenn die FNP-Änderung bestätigt wird, sichert eine Rahmenvereinbarung, dass eine Kita errichtet wird. Er erinnert, dass die Kita-Bedarfsplanung durch die STVV bestätigt worden ist. Hier handelt es sich um eine von vier Kitas im Planungsraum.

Herr Jäkel äußert Bedenken, dass die Errichtung einer neuen Kita an diesem Ort der Nutzung des „Minsk“ für eine Kita in der näheren Umgebung entgegenstehen könne. Von daher wird er der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Goetzmann macht aufmerksam, dass die Verwaltung in der vergangenen STVV verkündet habe, dass eine Nutzung des „Minsk“ als Kita aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht kommt. Alles was über 5,11 €/m² hinaus geht, müsse über die Betriebskosten finanziert werden. D.h. die Differenz zu 5,11 € muss von der Stadt getragen werden.

Herr Jäkel antwortet, dass es auch städtebauliche und funktionelle Aspekte gebe, die zu berücksichtigen sind.

Frau Hüneke drückt die Erwartungshaltung aus, dass künftig keine weitere Umnutzung von Waldflächen in Bauflächen vorgenommen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Entwürfe der Flächennutzungsplan-Änderung "Am Havelblick" (01/15) und der Begründung werden in der vorliegenden Fassung (siehe Anlage 2) gebilligt und sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlage 1).

Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 2

zu 4.8 Flächennutzungsplan-Änderung "Vorgelände Babelsberger Park" (02/14) - Auslegungsbeschluss

Vorlage: 16/SVV/0192

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und informiert anhand einer Planzeichnung über die Änderung im Flächennutzungsplan (FNP) aufgrund der Errichtung eines Sportplatzes (Fußballrasenplatzes) im Vorgelände des Babelsberger Parkes. Der Sportplatz ist durch die Darstellung des Symbols „sportlichen Zwecken dienende Anlage“ bereits im FNP enthalten. Das Symbol ist schematisch zentriert in die Grünfläche gezeichnet. Durch die FNP-Änderung soll die Lage des Sportplatzes räumlich konkretisiert werden, um die Einbindung des Sportplatzes in diesem sensiblen Bereich behutsam zu ermöglichen bzw. dies zu dokumentieren.

Herr Wolfram ergänzt, dass in der STVV im April 2014 der Aufstellungsbeschluss zur Änderung des FNP gefasst worden ist, der dieses Planungsziel beinhaltet. Zum Aufstellungsbeschluss wurde noch die Bezeichnung „2. Änderung“ verwendet. Das Verfahren soll unter der Bezeichnung FNP-Änderung „Vorgelände Babelsberger Park“ (02/14) fortgeführt werden. Diese Bezeichnung entspricht dem mittlerweile von der Verwaltung entwickelten Standard für die Bezeichnung von FNP-Änderungen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das Verfahren *2. Änderung des Flächennutzungsplanes "Vorgelände Babelsberger Park"* (Aufstellungsbeschluss vom 07.04.2014 – DS 14/SVV/0279) wird unter der Bezeichnung *Flächennutzungsplan-Änderung "Vorgelände Babelsberger Park" (02/14)* fortgeführt.
2. Die Entwürfe der Flächennutzungsplan-Änderung "Vorgelände Babelsberger Park" (02/14) und der Begründung werden in der vorliegenden Fassung (siehe Anlage 2) gebilligt und sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlage 1). Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0

zu 4.9 Flächennutzungsplan-Änderung "Autohaus Babelsberg" (12/16)

Vorlage: 16/SVV/0193

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein. Er berichtet, dass man sich hier im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Vorlagen, noch am Anfang des Verfahrens befindet. Anhand eines Planes erläutert Herr Wolfram, dass das Autohaus Babelsberg gegenwärtig im Gewerbegebiet Babelsberg ein Grundstück der Landeshauptstadt Potsdam mittels einer Grunddienstbarkeit als Parkplatz nutzt. Die Fläche ist im FNP als Grünzug dargestellt. Sie ist Bestandteil des sogenannten Babelsberger Nord-Süd-Grünzugs.

Es ist vorgesehen, das Plangebiet zur dauerhaften Stärkung des Wirtschaftsstandorts zukünftig als gewerbliche Baufläche darzustellen. Damit würde der tatsächlichen Nutzung als Parkplatz entsprochen werden. Der Grünzug bleibt weiter erhalten, er wird auf Höhe des Parkplatzes nur der heutigen Situation entsprechend im FNP schmaler dargestellt. Die Durchwegungsmöglichkeit bleibt ebenfalls weiter erhalten.

Die Verwaltung schlägt vor, den Flächennutzungsplan zu ändern und mit der Vorlage 16/SVV/0193 den Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren zu fassen.

Frau Reimers unterstützt das Anliegen im Interesse einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes und verweist auf den hohen Anspruch auf Gewerbeflächen in der Stadt Potsdam.

Herr Kühnemann äußert Bedauern, dass mit einem Verkauf des Grundstückes eine Entwicklungsperspektive genommen wird.

Herr von Osten-Sacken empfiehlt der Vorlage zuzustimmen. Es sei gut, dass die ohnehin bereits gewerblich genutzte Fläche jetzt auch im FNP so dargestellt wird.

Herr Jäkel hält eine differenzierte Betrachtung für sinnvoll. Es müsse unterschieden werden, ob es um die Beibehaltung einer Parkplatzfläche oder um die Errichtung einer Gewerbehalle geht. Herr Jäkel regt an sich in der Phase der öffentlichen Auslegung intensiver mit der Problematik zu beschäftigen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Flächennutzungsplan-Änderung "Autohaus Babelsberg" (12/16) ist nach § 2 Abs. 1 i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB durchzuführen – Aufstellungsbeschluss (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.
3. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.10 Wohnungsbaupotenziale der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0213

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Mitteilungsvorlage mittels PowerPoint-Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) ein und beantwortet diverse Rückfragen verschiedener Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 BE Studentischer Ideenwettbewerb Annemarie-Wolf-Platz

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann erinnert an den Auftrag einen Studentischen Wettbewerb zur Gestaltung des Annemarie-Wolf-Platzes durchzuführen und über das Ergebnis zu berichten (Beschluss 15/SVV/0009).

Zur Umsetzung des o.g. Beschlusses wurde ab September 2015 mit 20 Studierenden des Fachbereichs Architektur und Städtebau der Fachhochschule Potsdam ein studentischer Ideenwettbewerb durchgeführt. Die Wettbewerbsaufgabe umfasste die Erarbeitung eines städtebaulichen Entwurfs und eines Nutzungskonzeptes mit den Bausteinen eines möglichen Stadtteilzentrums, eines vorgelagerten Platzes und nutzungsstruktureller Überlegungen zur Ausbildung eines zentralen öffentlichen Ortes im neuen Stadtteil Bornstedter Feld. Die Platzfläche ist Bestandteil eines privaten Bauprojektes.

Anhand von Skizzen erläutert Herr Goetzmann den Gewinnerentwurf. Die Gewinnerin des studentischen Ideenwettbewerbs greift mit ihrem Entwurf - der zudem auch die Festsetzungen des Bebauungsplanes berücksichtigt - die Bestandsstruktur der schon existierenden Studentenwohnheime auf und ergänzt diese um zwei Zeilenbauten. Damit schafft sie einen einheitlichen städtebaulichen Zusammenhang entlang der Kiepenheuerallee. Der Annemarie-Wolff-Platz wird zur Kiepenheuerallee mit einer Pergola gefasst; der Platz weitet sich zwischen den beiden Gebäuden. Der städtebauliche Entwurf der Wettbewerbsteilnehmerin macht den Annemarie-Wolff-Platz zu einem urbanen Aufenthaltsort, der hier besonders gut gelungen ist.

Der Entwicklungsträger Bornstedter Feld wird die Ergebnisse in die Ausschreibung der Fläche einbeziehen.

zu 5.2 Information Radverkehrsmaßnahmen 2016
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr von Einem (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert anhand einer PowerPoint-Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) über die 2016 anstehenden Radverkehrsmaßnahmen im Investitionshaushalt, kleinteilige Maßnahmen im Ergebnishaushalt und die Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes.

Auf verschiedene Rückfragen von Ausschussmitgliedern gehen Herr von Einem und Herr Goetzmann erläuternd ein. Hinweise werden aufgenommen.

zu 5.3 BE zum Straßenbauvorhaben Schlaatzweg und dem Ergebnis der Anliegerbeteiligung nach KAG
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) informiert mittels PowerPoint-Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) über das Straßenbauvorhaben Schlaatzweg. Es ist geplant die Fahrbahn mit Asphalt und die Grundstückszufahrten mit Kleinsteinpflaster zu versehen. Die Anliegerbeteiligung ist erfolgt. Von den 14 Anliegern haben sich 2 Anlieger dafür ausgesprochen. 8 haben keine Äußerung abgegeben und 4 haben dagegen gesprochen. Damit gibt es keine Mehrheit gegen das Vorhaben.

Verschiedene Hinweise von Ausschussmitgliedern werden aufgenommen und Rückfragen beantwortet.

zu 5.4 Information zum Gutachterverfahren Brauhausbergkuppe (ergänzende Neubebauung am ehemaligen Landtag)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann berichtet die Verabredung zur Vorgehensweise bei Gutachterverfahren und städtebaulichen Wettbewerben aufgreifend, dass im Zusammenhang mit den Zielen zur Bebauung der Brauhausbergkuppe durch die

STVV fixiert worden ist, dass für den südlichen Teil (neu zu bebauende Fläche) ein städtebauliches Wettbewerbsverfahren durchgeführt werden soll, bei dem fünf Architekturbüros beauftragt werden sollen. Hier handelt es sich um zwei Neubauvorhaben, die Gegenstand des Verfahrens sein werden. Zum zeitlichen Rahmen teilt Herr Goetzmann mit, dass die Verträge zwischen dem Land und dem Erwerbkonkorsortium die Bauantragstellung bis Mitte dieses Jahres vorsehen. Das Gutachterverfahren in Abstimmung mit dem Konsortium ist bereits in dieser Woche gestartet. Die Mitwirkung eines Vertreters des SBV-Ausschusses erfolgt als Gast.

Die Verwaltung bittet um Entscheidung, wer den SBV-Ausschuss vertreten soll. Es handelt sich um folgende Termine:

- 3.5.2016, 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr Zwischenkolloquium
- 24.6.2016, 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr abschließende Jurierung

Herr Jäkel und Frau Hüneke bitten um Übermittlung näherer inhaltlicher Angaben im Vorgriff auf die nächste Sitzung.

Der TOP wird in der Sitzung am 26.4.2016 erneut aufgerufen.

zu 5.5 Bericht zur Konzeptvergabe Bornstedter Feld Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) berichtet mittels PowerPoint-Präsentation (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) über das durchgeführte Pilotverfahren, die Siegerentwürfe und die nächsten Schritte.

Auf Rückfragen und Hinweise von Ausschussmitgliedern geht Herr Wolfram ein.

zu 6 Sonstiges

Herr Goetzmann nimmt Bezug auf den Beschluss der STVV März 2016 zur Bebauung in der **Brauerstraße 4-7**, in welchem erklärt wird, dass die Erteilung der Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes an dieser Stelle nicht möglich sei, da die Grundzüge der Planung berührt werden. Wie bereits in der STVV durch den Oberbürgermeister mitgeteilt worden ist, trägt dieser Beschluss nur appellativen Charakter, da die Entscheidung in der Hoheit der Verwaltung liege. Aufgrund des Beschlusses sind Gespräche zwischen dem Grundstückseigentümer und dem OBM geführt worden, jedoch gebe es wenig Spielräume zur Änderung der Planung. Im Zusammenhang mit archäologischen Baugrundverhältnissen ist das Vorhaben im Höhen- und Lageprofil abgestimmt. Seitens des Grundstückseigentümers besteht nur geringe Bereitschaft zu geringfügigen Korrekturen, die nicht den Befreiungsbedarf berühren. Hinsichtlich des Vorwurfes eines unberechtigten Mehrwertes, besteht die Bereitschaft des Grundstückseigentümers die Differenz an die Stadt zu zahlen. Hierzu verweist Herr Goetzmann auf die Beantwortung der kleinen Anfrage 16/SVV/0166 – Gewinnabschöpfung in der Brauerstraße 4-7. Hinsichtlich der Frage der städtebaulichen Sinnfälligkeit der städtebaulichen Ausprägung hat die Verwaltung zwischenzeitlich entschieden, dass die Befreiung erteilt wird. Es ist damit zu

rechnen, dass voraussichtlich Ende dieses Monats die Baugenehmigung erteilt wird.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder erfolgt erneut Kritik am Verfahren, da die Ansicht vertreten wird, dass Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes in einer solchen Größenordnung nicht erteilt werden dürften, da die STVV der Plangeber sei. Ein Bebauungsplanänderungsverfahren hätte über die STVV laufen müssen, vergleichbar mit den Planänderungsverfahren der heutigen Tagesordnungspunkte 4.7 bis 4.9. Mehrere Ausschussmitglieder betonen mehrmals, dass die Bebauungspläne verbindlich sind und Abweichungen nur bei geringfügigen Änderungen erteilt werden dürften.

Herr Goetzmann bringt in Erinnerung, dass das Modell zu diesem Vorhaben hier im Ausschuss vorgestellt worden ist und glaubt sich zu erinnern, dass es zu diesem Zeitpunkt zu keiner Diskussion geführt hat.

Herr Goetzmann bringt nochmals zum Ausdruck, dass die Verwaltung alles andere als glücklich ist und das alles nur bedauern kann.

Die zwischenzeitlich mit den Ausschussmitgliedern getroffene Verabredung hinsichtlich der Durchführung von Wettbewerben und Gutachterverfahren sollte dazu beitragen. Er bittet die Verwaltung daran zu messen.

Der Ausschussvorsitzende stellt am Ende der Diskussion fest, dass kein Ausschussmitglied außer dem Vertreter der Verwaltung die erklärte Auffassung des Oberbürgermeisters teilt, die für die Brauerstraße 4 bis 7 beantragte Abweichung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes für genehmigungsfähig zu halten.

Herr Schütt informiert, dass vor einiger Zeit im SBV-Ausschuss über ein Tiefbauvorhaben der EWP informiert wurde, welches den **Straßenabschnitt zwischen R. – Breitscheid – Str. und Karl –Marx-Str.** (direkt am Hiroshima – Nagasaki – Platz) betrifft. Dieser Straßenabschnitt ist in einem desolatem Zustand (gepflastert). Nach zweimaliger Behandlung im SBV stimmten letztlich auch die Grünen dafür, dass nach Abschluss der Tiefbauarbeiten nicht die derzeitige Straßenoberfläche (Pflasterung) wiederhergestellt wird, sondern dieser Abschnitt , wie alle benachbarten Straßen (A. –Bebel-Str., R.-Breitscheid-Str. , K.-Marx –Str.) asphaltiert werden soll. Herr Schütt bittet in der Sitzung am 10.05.2016 den aktuellen Sachstand zu diesem Vorhaben vorzustellen.

Frau Hüneke informiert, dass sie mit Herrn Kühnemann in der letzten Woche die Fachtagung **Natursteinpflaster** in Brandenburg besucht habe, in der Herr Praetzel einen Vortrag gehalten hat. Dabei war festzustellen, dass Potsdam im Vergleich zu Brandenburg ein gutes Ergebnis erzielt hat.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift